Infoletter der Nationalratsabgeordneten Mag^a Christine Muttonen 03/2014 (II)



Liebe FreundInnen!

Am Mittwoch und Donnerstag ist der Nationalrat wieder zu regulären Sitzungen zusammengekommen. Dabei haben wir u.a. die Gratiszahnspange und die Beschäftigungsförderungen für die Generation 50 plus beschlossen.

Auf der Tagesordnung stand ausserdem das Freihandelsabkommen (TTIP), das die EU zurzeit im Auftrag der Mitgliedstaaten mit den USA verhandelt. Hierzu habe ich Euch auch eine umfassende Information der SPÖ Presse- und Rechercheabteilung beigefügt.

Selbstverständlich gilt auch dieses Mal: um Weiterleitung an alle Interessierten wird gebeten!!

Christine



FACTS BY MAIL - NEWS AUS DEM SPÖ-KLUB

Am 26. und 27. März trat der Nationalrat zu Plenarsitzungen zusammen. Der Mittwoch startete mit einer Aktuellen Stunde zum europäisch-amerikanischen Freihandelsabkommen. Es folgte der Beschluss der Gratis-Zahnspange. Im Rahmen einer Dringlichen Anfrage wurde am Nachmittag über eine Strukturreform der Bundesländer diskutiert. Am Donnerstag stand zu Beginn eine Fragestunde an den Sozialminister auf der Tagesordnung. Es folgte der Beschluss des Arbeitsmarktpaketes. Bei diesem nimmt die Regierung 350 Millionen Euro in den nächsten drei Jahren zur Beschäftigungsförderung für die Generation 50+ in die Hand.

Am Mittwoch stand zu Beginn eine Aktuelle Stunde zum TTIP, dem europäischamerikanischen Freihandelsabkommen, auf der Tagesordnung. Dabei wurde vor allem über die hohen europäischen Umwelt- und Sozialstandards debattiert. "Österreich kann sich innerhalb der Europäischen Union zu Recht, wenn es um Lebensmittel, Gentechnik und andere wesentliche Fragen der Umweltpolitik geht, darauf berufen, dass wir in vielen Bereichen die höchsten Standards haben", betonte Bundeskanzler Werner Faymann. Die Diskussionen müssen daher auf dem Boden unserer umweltpolitischen und sozialen Standards geführt werden. Mehr Markt und mehr Chancen für österreichische und europäische Unternehmen sind ein Ziel, das nicht im Widerspruch zu unseren Vorgaben stehen darf.

Der Handel zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten beträgt zwei Milliarden Euro an Waren und Gütern pro Tag. "Die zentrale Frage ist daher, gibt es Vorteile eines Handelsabkommens, die unsere hohen Umweltstandards nicht gefährden", so Faymann. Es könne zu Verbesserungen der europäischen und österreichischen Wirtschaft kommen, zum Beispiel durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Wenn eine Ausweitung der Handelsbeziehungen sinnhaft sei, werde Österreich zustimmen. "Wenn wir aber der Meinung sind, dass ein Handelsabkommen eine Verschlechterung für unsere Umwelt- und Sozialstandards bedeutet, werden wir dem nicht zustimmen", betonte der Bundeskanzler.

Im Rahmen der Einwendungsdebatte gegen die Tagesordnung wegen der späten Behandlung des Rechnungshofberichts forderte SPÖ-Klubobmann Andreas Schieder den Rücktritt des FPÖ-Spitzenkandidaten Andreas Mölzer. "Es ist unerhört, dass die FPÖ jemanden, der die EU mit dem 'Dritten Reich' vergleicht und Ausdrücke wie 'Negerkonglomerat' verwendet, als Spitzenkandidaten für die Europawahl duldet. Mölzer gehört weg von der Liste, er muss als FPÖ-Kandidat zurücktreten." Obwohl die FPÖ den Österreicherinnen und Österreichern mit den 20

Milliarden Euro Landeshaftungen ein schweres Erbe hinterlassen hat und auch die politische Verantwortung der FPÖ für das Hypo-Desaster im Kärntner U-Ausschuss klar festgestellt worden ist, weigert sich die FPÖ noch immer, ihre ausschließliche Schuld für das Hypo-Debakel einzugestehen

Es folgte der Beschluss der Gratis-Zahnspange für unter 18-Jährige, die unter massiven Zahn-, und Kieferfehlstellungen leiden. Durch diese gesundheitspolitische Errungenschaft werden 85.000 Familien massiv entlastet.

Am Nachmittag wurde die **Dringliche Anfrage** der NEOS zur **Strukturreform der Länder** aufgerufen. Die wesentliche Frage einer **zukünftigen Strukturreform** ist die **Schaffung von Transparenz** zwischen und innerhalb der Gebietskörperschaften. Das erklärte **SPÖ-Finanzsprecher Jan Krainer**. Das betrifft sowohl **Finanzströme** und **Schulden** wie auch das **Rechnungswesen**. Krainer schlägt daher die **Einführung** eines **einheitlichen Rechnungswesens**, das den unterschiedlichen Größen und Aufgaben der Gebietskörperschaften gerecht wird, vor. Die **SPÖ steht** nach wie vor **zur Strukturreform** und ist für weitere Gespräche offen. "Wir haben uns bereits zwei Mal mit ÖVP und FPÖ auf einen Text geeinigt, leider sind am Vorabend jeweils Parteien abgesprungen", bedauerte Krainer. "Ich kann nur sagen, **an der SPÖ ist eine gemeinsame Regelung nie gescheitert** und wir stehen nach wie vor dazu." In der Folge fand ein im Rahmen der Behandlung eines Rechnungshofberichts eingebrachter **Misstrauensantrag** gegen Bundeskanzler und Vizekanzler **keine Mehrheit**.

Der **Donnerstag** startete mit einer **Fragestunde** an den **Sozialminister**. Dieser kündigte an, einen Gesetzesentwurf für die **Einführung einer Teilpension** spätestens im Herbst vorzulegen. Sozialminister **Rudolf Hundstorfer** unterstrich sein klares **Ziel**, so viele Menschen wie möglich in **Beschäftigung** zu **halten** und andererseits mit zielgerichteten Maßnahmen jene in den **Arbeitsprozess zurückzuholen**, die derzeit ohne Beschäftigung sind.

Der Antrag der Opposition betreffend die Einsetzung eines **Untersuchungsausschusses** zur Untersuchung der Vorgänge rund um die Hypo Group Alpe-Adria fand **keine Mehrheit**.

Die wichtigsten Beschlüsse vom Mittwoch, 26.3.2014

Gratis-Zahnspange ist gesundheitspolitischer Meilenstein (82 d.B.) (83 d.B.) Mit der Gratis-Zahnspange für Kinder und Jugendliche ist ein sozialpolitischer Durchbruch und gesundheitspolitischer Meilenstein gelungen. Die SPÖ-geführte Bundesregierung sorgt dafür, dass man am Gebiss des Kindes nicht mehr das Einkommen der Eltern ablesen kann. Der Bund stellt 80 Mio. € pro Jahr für Kieferregulierungen für Kinder und Jugendliche bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres (Behandlungsbeginn), bei denen große oder sehr große Behandlungsbedürftigkeit

vorliegt, als Sachleistung ohne Zuzahlung zur Verfügung. Davon profitieren pro Jahr **85.000 Kinder und Jugendliche** sowie deren Eltern.

Die Gratis-Zahnspange beugt nicht nur **gesundheitlichen Folgeschäden** vor, sondern **verringert auch soziale Stigmatisierung**. Mit der Gratis-Zahnspange bauen wir Barrieren für eine notwendige Behandlung ab und entlasten Familien finanziell. Die von der SPÖ **bereits im Wahlkampf geforderte** und im Arbeitsprogramm der Bundesregierung verankerte Gratis-Zahnspange für Kinder wurde am Mittwoch mit den Stimmen aller Parlamentsparteien, **außer den NEOS**, beschlossen. Die Leistung soll mit 1.7.2015 durch einen **Gesamtvertrag** sichergestellt werden. Ebenfalls geändert wurde das **Gesundheits-Zielsteuerungsgesetz**, um die Leistungen von Kieferregulierungen für Kinder und Jugendliche aufzunehmen.

Weitere Beschlüsse

Feldversuch HandwerkerInnenbonus (45 d.B.)

Ziel des HandwerkerInnenbonus ist die Stärkung der redlichen Wirtschaft und die Bekämpfung der Schwarzarbeit im Bereich von HandwerkerInnenleistungen und Dienstleistungen im haushaltsnahen Bereich. Der Bonus macht pro FörderungswerberIn pro Objekt und Jahr maximal 3.000 € (exklusive Umsatzsteuer) aus. Somit beträgt die maximal ausschöpfbare Förderung pro Jahr und FörderungswerberIn 600 €. Der HandwerkerInnenbonus ist bis 2015 begrenzt und daher ein Feldversuch. Die budgetäre Auswirkung beträgt 10 Mio. € für das Jahr 2014 und 20 Mio. € für das Jahr 2015.

Internationalisierung des Gesundheitswesens – EU-Patientenmobilitätsgesetz (77 d.B.)

Das EU-PatientInnen-Mobilitäts-Gesetz soll medizinische Dienste verbessern, PatientInnen-Rechte stärken – egal ob die Behandlung in Österreich oder im EU-Ausland erfolgt – und eine adäquate Gesundheitsversorgung im gesamten Unionsraum sicherstellen. Die Sammelnovelle ist ein wichtiger Schritt in Richtung Internationalisierung des Gesundheitswesens. Ein bedeutender Punkt im Gesetzesentwurf ist die Verpflichtung zur Gleichbehandlung in- und ausländischer PatientInnen in Österreich.

Uneingeschränktes Mitführen von Assistenzhunden für Menschen mit Behinderung gefordert (85 d.B.)

Dass Assistenzhunde für Menschen mit Behinderung in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens mitgeführt werden dürfen, wurde in einem gemeinsamen Entschließungsantrag aller Parteien befürwortet.

Hinrichtungen in Saudi-Arabien beenden (47 d.B.)

In dem Antrag werden die Bundesregierung und der Außenminister aufgefordert, auf Saudi-Arabien einzuwirken: Alle Todesstrafen, die über zum Tatzeitpunkt unter 18-jährige Personen verhängt wurden, sollen in Freiheitsstrafen umgewandelt werden;

faire Gerichtsverfahren entsprechend den internationalen Menschenrechtsstandards für alle Rechtsunterworfenen sollen eingeführt werden; generell soll die Abschaffung der Todesstrafe angedacht werden.

Kampf dem Kinderhandel (48 d.B.)

Die Bundesregierung wird ersucht, an den Empfehlungen für Maßnahmen zur Prävention von Kinderhandel und zum Schutz der Opfer von Kinderhandel weiter zu arbeiten und diesbezüglich die Gespräche mit den Bundesländern weiter zu führen – mit dem Ziel, ein gemeinsames Konzept und verpflichtende Standards für die Identifikation und Betreuung von Opfern von Kinderhandel vorzulegen.

Deutschsprachige Minderheit in Slowenien anerkennen (54 d.B.)

In einer Entschließung der beiden Regierungsparteien zum Thema deutschsprachige Minderheit in Slowenien wird die Bundesregierung aufgefordert, in den bilateralen Beziehungen mit der Republik Slowenien auf die offizielle Anerkennung der deutschsprachigen Minderheit hinzuwirken.

Verbrechen gegen Menschlichkeit in Nordkorea beenden (55 d.B.)

Dieser Antrag fordert die Bundesregierung und insbesondere den Außenminister auf, sich auf internationaler und EU-Ebene dafür einzusetzen, dass die Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Nordkorea durch geeignete Sanktionen, wie durch eine Befassung des Internationalen Strafgerichtshofes und gegebenenfalls Einrichtung eines eigenen UN-Tribunals, geahndet werden.

Keine lebenslangen Haftstrafen für unter 18-Jährige in den USA (56 d.B.)

Die Bundesregierung wird aufgefordert, gemeinsam mit der EU darauf hinzuwirken, dass die USA die UN-Kinderrechtskonvention ratifizieren, und in geeigneter Weise dafür einzutreten, dass unter 18-jährige StraftäterInnen zu keiner lebenslangen Haft verurteilt werden.

Klarstellung zum ORF-Publikumsrat – Novelle ORF-Gesetz (73 d.B.)

Mit dieser Novelle des ORF-Gesetzes wird klarstellt, dass der ORF-Publikumsrat künftig alle sechs in den Stiftungsrat zu entsendenden Mitglieder selbst bestimmt. Bisher mussten drei von ihnen aus dem Pool jener KandidatInnen sein, die sich bei der Fax-Wahl durchgesetzt hatten. Die Fax-Direktwahl von sechs PublikumsrätInnen war jedoch nach einer Aufhebung durch den Verfassungsgerichtshof bereits aus dem Gesetz gestrichen worden. Der Passus, wonach drei direkt gewählte PublikumsrätInnen als Mitglied in den Stiftungsrat zu entsenden sind, war aber noch enthalten und musste entsprechend korrigiert werden.

Veränderung der Auszahlungsmodalitäten – Novelle Publizistikförderungsgesetz (75 d.B.)

Durch den Antrag wurde eine gleichmäßigere Verteilung der Auszahlungen im Jahresverlauf festgelegt, indem der Auszahlungstermin für den Zusatzbetrag und die zusätzlichen Mittel für internationale politische Bildungsarbeit auf den Beginn des zweiten Halbjahres verlegt wird.

Behandelte Berichte

Positiver Rechnungshofbericht zum Bankenpaket (III-11/76 d.B.)

Der Rechnungshofbericht zum Bankenpaket wurde im Herbst 2012 veröffentlicht. Am Mittwoch fand die parlamentarische Debatte dazu statt. Die SPÖ betont, wie wichtig es war, dass der Rechnungshof das Bankenpaket geprüft und beurteilt hat und in Summe festgestellt hat, dass die Bundesregierung die richtigen Maßnahmen zur Absicherung des Finanzstandortes getroffen hat. Aus den Mängeln, die der Bericht an der Umsetzung des Pakets festgestellt hat, muss man künftig die richtigen Schlüsse ziehen. Sinn und Zweck des Bankenpaketes waren die Rettungsmaßnahmen für die österreichischen Banken im Zuge der Finanzkrise seit 2008 und 2009. Die Rettungsmaßnahmen bestanden in erster Linie aus der Gewährung von Partizipationskapital und der Übernahme von Haftungen.

Die wichtigsten Beschlüsse vom Donnerstag, 27.3.2014

350 Millionen Euro zur Unterstützung älterer ArbeitnehmerInnen (60 d.B.)

Zur Unterstützung und Wiedereingliederung älterer Arbeitsloser in den Arbeitsmarkt werden in den nächsten drei Jahren bis zu 350 Millionen € aus der Arbeitslosenversicherung in spezifische Förderprogramme und Eingliederungsbeihilfen umgeleitet. Dabei gilt für die Jahre 2014 und 2015 jeweils ein Deckel von 100 Mio. € und im Jahr 2016 ein Deckel von 150 Mio. €. Zugute kommen sollen die Gelder Arbeitslosen über 50, die seit mehr als einem halben Jahr beim AMS vorgemerkt sind.

StVO-Novelle mit Lkw-Fahrverbot auf der 3. bzw. 4. Spur (57 d.B.)

Einstimmig wurde im Nationalrat ein Fahrverbot für Lkw über 7,5 Tonnen auf dem äußerst linken Fahrstreifen von drei- und vierspurigen Autobahnen sowie Schnellstraßen beschlossen. Durch diese Regelung sollen sowohl riskante Überholmanöver von Schwerfahrzeugen als auch Probleme für den Winterdienst durch Lkw, die die Autobahn blockieren, verringert werden. Die Regelung tritt mit 1. Juni 2014 in Kraft.

Weitere Beschlüsse

Ausländische Pkw müssen angemeldet werden – Novelle Kraftfahrgesetz (58 d.B.)

Einstimmig wurde eine Gesetzeslücke geschlossen, was die Anmeldung ausländischer Pkw angeht. Mit dieser Novelle muss ein Auto mit ausländischem Kennzeichen, das einem/einer Lenkerln mit Wohnsitz im Inland gehört, innerhalb eines Monats nach der erstmaligen Einreise angemeldet werden. Damit verhindert der Nationalrat eine Umgehung der Normverbrauchsabgabe. Bislang konnte man, indem man einfach einmal pro Monat das Land verlässt, die eigentlich ohnehin geltende Ein-Monatsfrist umgehen. Denn bei jeder Neueinreise hätte die Frist wieder neu zu laufen begonnen, womit man sich auch die Entrichtung der NoVa gespart hätte.

SP-V-Gesetz-Novelle schafft Präzisierung und damit unionsrechtliche Konformität (59 d.B.)

Die Änderung der strategischen Prüfung im Verkehrsbereich (SP-V-Gesetz) musste aufgrund eines Verletzungsverfahrens der Europäischen Kommission gegen Österreich eingeleitet werden. Die vorgeschlagenen Änderungen sind rein formaler Natur und dienen vor allem der Präzisierung des bereits bestehenden Inhaltes des SP-V-Gesetzes. Zweck dieses Bundesgesetzes ist es, grundsätzlich vorgeschlagene Netzveränderungen im hochrangigen Bundesverkehrswegenetz bei Autobahnen und Schnellstraßen oder etwa auch im Eisenbahnhochleistungsstreckenbereich bereits vor Erstellung von Gesetzes- und Verordnungsentwürfen einer strategischen Prüfung zu unterziehen. Damit sollen bereits im Vorfeld Streckenführungen und Umweltauswirkungen geprüft werden.

Informationen der SPÖ Presse und Recherche

TTIP - Freihandelsabkommen EU-USA

Die *Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft* (TTIP) zwischen EU und USA soll eine weitergehende Liberalisierung des Handels mit Dienstleistungen, höheren Investitionsschutz und den Zugang zu öffentlichen Ausschreibungen auf allen Ebenen nach dem Prinzip der Inländergleichbehandlung¹ umfassen. Nichttarifäre Handelshemmnisse und Regulierungen sollen auf ein Mindestmaß reduziert werden.² Das TTIP erhielte erst durch eine Ratifikation des Abkommens durch alle 28 Mitgliedstaaten (Einfache Mehrheit im NR) und Europaparlament Gültigkeit.

¹ Nach dem Prinzip der Inländergleichbehandlung sollen ausländische Waren und Dienstleistungen und deren Anbieter nicht strengeren inländischen Regeln unterworfen werden, als für die inländischen Anbieter gelten (Art. III GATS, Art. XVII GATS).

² http://derstandard.at/1389857278297/TTIP-Handelsabkommen-zwischen-der-EU-und-den-USA 21.1.2014

Die Grünen machen am Mittwoch im Nationalrat das Freihandelsabkommen TTIP zum Thema der Aktuellen Stunde. Grünen-Chefin Eva Glawischnig verlangt in dieser Sache von Bundeskanzler Werner Faymann ein Veto. Daraufhin meldet sich die FPÖ mit dem Vorschlag einer Volksabstimmung über das Handelsabkommen zu Wort.³

Hintergrund: Aussetzen der Verhandlungen

- Mitte November 2013 hat die EU Kommission die Verhandlungen mit den USA in der zweiten Runde fortgesetzt. Lange Zeit wollte die EU-Kommission weder den ursprünglichen EU-Forderungskatalog noch sonstige Unterlagen offenleaen.4
- Am 21.1.2014 kündigt EU-Handelskommissar De Gucht an, die Verhandlungen teilweise auszusetzen. Auslöser dafür sind der viel kritisierte Investitionsschutz und der Vorwurf der Intransparenz. Damit sind die Verhandlungen allerdings nur teilweise ausgesetzt, die regelmäßigen Gespräche der EU-US-VerhandlerInnen gehen unterdessen weiter. Nur im Punkt der Investitionsschutzklauseln wird die neue EU-Position abgewartet. In einem Brief an die EU-Wirtschaftsminister zeigt er sich "zunehmend besorgt über den immer negativeren Ton" zum Freihandelsabkommen. Bevor mit den USA weiterverhandelt wird, will De Gucht im März den Kommissionsvorschlag zum Investitionsteil veröffentlichen (noch nicht geschehen) und drei Monate lang eine öffentliche Debatte darüber führen.5
- Die vierte TTIP-Verhandlungsrunde zwischen EU-Kommission und US-Regierung fand vom 10. bis 14. März in Brüssel statt. Dabei sind die schleppenden Verhandlungen einen wichtigen Schritt weitergekommen: US-Präsident Barack Obama und die europäischen Staats- und Regierungschefs haben sich dazu bereit erklärt, sämtliche Zölle auf bilaterale Warenexporte abzuschaffen.

Gleichzeitig gab die deutsche Regierung zum Abschluss der vierten offiziellen Verhandlungsrunde bekannt, Berlin werde sich dafür einsetzen, dass die umstrittenen Schiedsgerichtsverfahren zum InvestorInnenschutz keinen Eingang in das Abkommen finden. EU-Chefverhandler Ignacio Garcia Bercero versicherte daraufhin, dass man jedenfalls eine öffentliche Konsultation starten und das Thema prüfen werde. Vielleicht könnte man "ein besseres Modell vorlegen"; vor al-

³ APA0170, 25.03.2014 und APA0369, 25.03.2014

⁴ DIE ZEIT 50/2013, 16. Dezember 2013

⁵ http://derstandard.at/1389857660860/Freihandel-EU-setzt-Verhandlungen-mit-USA-teilweise-aus, 21.1.2014 und http://kurier.at/wirtschaft/wirtschaftspolitik/die-angst-vor-milliarden-klagen/47.246.381, 21.1.2014

- lem, um Missbrauch zu vermeiden. Die fünfte Runde soll laut dem US-Chefverhandler Daniel Mullaney vor August stattfinden.⁶
- Unterdessen mobilisiert ein Bündnis von Nicht-Regierungsorganisationen hierzulande gegen das EU/US-Handelsabkommen. Die Plattform "TTIP stoppen" wird von den NGO Attac, Global 2000, FIAN, Südwind und ÖBV-Via Campesina getragen. Sie fordert von der EU-Kommission die Verhandlungsdokumente offenzulegen. Die österreichische Regierung müsse besser über den Verhandlungsstand informieren. Die Plattform hat eine parlamentarische Bürgerinitiative zum EU/US-Handelsabkommens gestartet.⁷ Bisher haben rund 1800 Personen die Bürgerinitiative "TTIP Verhandlungen bezüglich des Freihandelsabkommens zwischen der EU und den USA" auf der Homepage des Parlaments unterzeichnet (Stand 24.03.2014). Auch Greenpeace hat Mitte Jänner eine eigene Petition gegen das EU-USA Freihandelsabkommen gestartet, die unter www.freihandelsabkommen.at unterzeichnet werden kann.⁸

Kritik

Das geplante Abkommen wird v.a. von VerbraucherInnen- und Umweltschutzorganisationen sowie Gewerkschaften massiv kritisiert. Die wichtigsten Kritikpunkte sind:

-) Intransparenz und undemokratisches Zustandekommen: Das Abkommen werde von LobbyvertreterInnen der Industrie unter Ausschluss der Öffentlichkeit, ohne Beteiligung der nationalen Parlamente oder des EU-Parlaments verhandelt.
- Nivellierung nach unten von Sozial- und Umweltstandards: Die angestrebte Harmonisierung von Standards setze tendenziell den jeweils niedrigsten bzw. wirtschaftsfreundlichsten Standard als Basis für die verbindliche Norm des Vertrags.
- Investitionsschutz untergräbt politischen Handlungsspielraum: Einer der Hauptkritikpunkte ist der geplante Investitionsschutz⁹, der vorsieht, dass ausländische InvestoreInnen bei neuen Regulierungen im Gesundheits- oder Umweltbereich das Gastland auf Entschädigungszahlungen klagen können. Dadurch werde der politische Handlungsspielraum stark eingeschränkt, da der Staat bei Regulierungen im öffentlichen Interesse Entschädigungszahlungen zu fürchten habe.

⁶ OTS0005, 09.03.2014, APA0607, 13.03.2014, Mathé: Wiener Zeitung, Nr. 053, 15.03.2014, APA0315, 18.03.2014

⁷ APA0315, 18.03.2014

⁸ APA0309, 17.01.2014

⁹ Der Investitionsschutz ist ursprünglich ein entwicklungspolitisches Instrument, das Investoren in Entwicklungsländern vor politischen und sozialen Risiken schützen sollte.

Es gibt auch schon einige prominente Milliarden-Streitfälle rund um Investitionsschutz-Klauseln. So wurden gegen Kanada im Rahmen des NAFTA-Abkommens mehr als 20 Klagen mit 2,5 Mrd. Dollar Entschädigungsforderungen eingereicht.

Gegenstand der Klagen waren Gesetze wie ein Verbot von "Fracking" (Schiefergas-Exploration), Chemikalienverbote, Sozialprogramme etc. International bekannt sind auch die Klage des Tabakkonzerns Philip Morris gegen Uruguay und Australien wegen Gesundheitswarnungen auf Zigarettenschachteln und die des schwedischen Energieriesen Vattenfall gegen den Atomausstieg in Deutschland.¹⁰

Positionen in der EU

- **EU-Kommission**¹¹: hebt die positiven Effekte auf Wirtschaftswachstum (prognostizierte Steigerung um 0,5% jährlich) und Beschäftigung hervor. Seit Ende Jänner zeigt sie sich bemüht, Kritik v.a. am Investitionsschutz zu berücksichtigen. De Gucht: "Ich bin entschlossen, das Investitionsschutz-System transparenter, unabhängiger und vorurteilsloser" zu machen.
- Deutschland: betont die positiven Effekte des Abkommens. Merkel: "Nichts wünschen wir uns mehr als ein Freihandelsabkommen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten".¹² Trotzdem sich die deutsche Regierung zum Abschluss der vierten offiziellen Verhandlungsrunde gegen die umstrittenen Schiedsgerichtsverfahren zum InvestorInnenschutz ausspricht, betont D bis zuletzt die positiven Effekte des Abkommens.¹³
- Frankreich: hat die Ausnahme des audiovisuellen Kulturbereichs aus dem Verhandlungsmandat durchgesetzt, weil es gemeinsam mit zahlreichen KünstlerInnen Nachteile für Kulturförderungen fürchtete. Die Haltung Frankreichs wurde u.a. von Deutschland und Österreich, aber auch vom EU-Parlament mehrheitlich unterstützt¹⁴.
- Europäisches Parlament: Die meisten sozialdemokratischen EU-Abgeordnete befürworten das Abkommen grundsätzlich v.a. in Hinblick auf die Reindustrialisierung der Europäischen Union. Sie betonen aber Änderungsbedarf beim Daten- und Verbraucherschutz und bei Arbeitsrechten.¹⁵ Ablehnung

28.03.2014

http://derstandard.at/1389857660860/Freihandel-EU-setzt-Verhandlungen-mit-USA-teilweise-aus und http://kurier.at/wirtschaft/wirtschaftspolitik/die-angst-vor-milliarden-klagen/47.246.381

¹¹ ausführliche Infos (auf Englisch) zum TTIP der EU-Kommission unter http://ec.europa.eu/trade/policy/infocus/ttip/

¹² Die Welt, 2.2.2013

¹³ APA0147, 20.03.2014

¹⁴ http://www.ambafrance-de.org/Frankreich-begrusst

¹⁵ http://www.akeuropa.eu/de/kritik-an-mangelnder-transparenz-bei-den-verhandlungen-zum-freihandelsabkommen-der-eu-mit-den-usa.html?cmp_id=7&news_id=1708

kommt von den Grünen und der Europäischen Linken, weil das Abkommen Konzerne stärke und Mindeststandards untergrabe. Liberale und Konservative fordern v.a. Transparenz bei den Verhandlungen.¹⁶ Mehrheitlich beschlossen hat das Parlament, dass bestimmte "europäische Werte" wie z.B. das Vorsorgeprinzip bei der Lebensmittelsicherheit (Hormonfleisch, Chlorhühner usw.) geschützt werden.¹⁷

Investitionsschutzklauseln hätten in Abkommen mit Entwicklungsländern Sinn, aber USA und EU seien gut entwickelte Rechtsstaaten und "ein über den normalen Bereich hinausgehender Schutz von Investitionen" ist daher nicht notwendig. 18 Jörg Leichtfried fordert außerdem eine europäische Volksabstimmung zum TTIP. 19 Auch Josef Weidenholzer spricht sich gegen den Investitionsschutz aus und begrüßt das Aussetzen der Verhandlungen. Europäische Vorschriften im Datenschutz, im Lebensmittelbereich, im Bereich der ArbeitnehmerInnenrechte, des Umwelt- und Verbraucherschutzes dürfen durch das TTIP keinesfalls untergraben werden. 20 Hannes Swoboda unterstützt grundsätzlich ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA, doch müsste es eine klare Datensicherheit geben. 21

Positionen in Österreich

- Bundeskanzler Faymann: will das Freihandelsabkommen danach pr
 üfen, ob es Arbeitspl
 ätze schaffe und Vorteilen f
 ür KonsumentInnen bringe. Offene Fragen gebe es im Bereich Umwelt (Gentechnik) und Soziales.²²
- SPÖ-Konsumentenschutzsprecherin Grossmann: wünscht sich mehr Transparenz bei Verhandlungen und begrüßt Verhandlungspause. Kritik in den Bereichen Konsumenten-, Arbeitnehmer-, Umwelt- und Datenschutz muss berücksichtigt werden.²³
- Wirtschaftsminister Mitterlehner: ist für Freihandelsabkommen und auch für umstrittene Investitionsschutzklausel, begrüßt aber gewonnene Diskussionszeit

 $^{^{16}\,}http://www.akeuropa.eu/de/kritik-an-mangelnder-transparenz-bei-den-verhandlungen-zumfreihandelsabkommen-der-eu-mit-den-usa.html?cmp_id=7\&news_id=1708$

¹⁷ http://www.ambafrance-de.org/Frankreich-begrusst

¹⁸ APA 428, 21.1.2014

¹⁹ Kronen Zeitung, 10.02.2014, Seite 2

²⁰ OTS0100, 21.01.2014

²¹ APA0228, 16.07.2013

²² OTS 219, 13.7.2013

²³ OTS 037, 22.1.2014

- durch Verhandlungspause. Umwelt-, Sicherheits-, Gesundheits- und Lebensstandards müssen weiter bestehen.²⁴
- Landwirtschaftsminister Rupprechter: kritisiert die Informationspolitik und mangelnde Transparenz bei den Verhandlungen; spricht sich für das Abkommen aus, will aber die heimische Landwirtschaft schützen.²⁵ Rupprechter verlangt, dass der EU-Agrarrat regelmäßig zum Stand der Verhandlungen mit den USA über ein transatlantisches Freihandelsabkommen informiert wird. Es müssten unterschiedliche Standards in der Produktion berücksichtigt werden. Nötig sei eine Liste sensibler Produkte.²⁶
- > FPÖ (Strache, Hofer): spricht sich gegen TTIP aus und für eine Volksabstimmung zum Thema; kritisiert, dass Parlamente übergangen werden, ist gegen Investitionsschutzklausel, unterstützt Petition "Freihandelsabkommen stoppen" von Greenpeace; Aussetzen der Verhandlungen sei erster wichtiger Schritt²⁷
- Grüne (Glawischnig, Reimon, Steinhauser): begrüßen das Aussetzen der Verhandlungen, kritisieren Investitionsschutz und Gefahren für Umwelt- und KonsumentInnenschutz, fordern mehr Transparenz; wollen Klarheit darüber, wie sich die österreichische Bundesregierung bisher in die Verhandlungen eingebracht hat; fordern Veto zu umstrittenen Investitionsschutzklauseln seitens des Bundeskanzlers ein;²⁸ Anmerkung: Bundeskanzler Faymann kann kein Veto einbringen, da er nicht im zuständigen EU-Gremium sitzt; die Forderung müsste sich an Wirtschaftsminister Mitterlehner richten.
- NEOS (Milnar): begrüßen Verhandlungspause und fordern eine Offenlegung aller Verhandlungskapitel. Die hohen europäischen Standards bei Umweltschutz, Gesundheit, Soziales und Menschenrechte müssen übernommen werden.²⁹
- > TS (Ertlschweiger): Ebenso wie die Grünen fordert auch das Team Stronach Transparenz beim geplanten Transatlantischen Handels- und Investitionsabkommen (TTIP) zwischen der EU und den USA. Die Regierung solle das Parlament und die Öffentlichkeit über den aktuellen Verhandlungsstand informieren.³⁰

²⁴ APA 428, 21.1.2014 und APA0031, 21.03.2014

²⁵ http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/europa/europaeische_union/601526_Freihandel-USA-EU-Bruesselwill-nur-wenige-Ausnahmen.html, 20.1.2014 ²⁶ APA0150, 24.03.2014

²⁷ APA0170, 25.03.2014 und APA0369, 25.03.2014

²⁸ OTS0161, 22.10.2013, OTS 066, 21.1.2014 und APA0170, 25.03.2014

²⁹ OTS 131, 21.1.2014

³⁰ APA0157, 25.03.2014

PARLAMENTSMAIL

Chancen eines EU-USA-Handelsabkommens aus SPÖ-Sicht

Ankurbelung der Wirtschaft:

- > Potential für Wohlstandsgewinne freilegen
- > Gegenüber Dumping aus Billigländern absichern

Vorbildfunktion:

- Hohe Standards an KonsumentInnenschutz im globalen Handel etablieren
- Verbindliche Sozial- und Umweltstandards verankern

Fragen des Datenschutzes thematisieren

Dazu notwendige Maßnahmen aus Sicht der SPÖ:

- > Transparente Verhandlungen (Dokumente veröffentlichen).
- Vertrauen in Justizsysteme stärken statt außergerichtliche Streitschlichtung.
- Ratifikation der Mindestnormen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO durch die USA.
- Politischen Spielraum durch "Klausel gegen die Absenkung von Standards" sichern.
- > Öffentliche Dienstleistungen (Daseinsvorsorge) von Verhandlungen ausnehmen.

Schlussfolgerungen:

- → Nur ein Abkommen, das den Wohlstand steigert ohne Standards abzusenken, ist ein gutes Abkommen.
- → Die Risiken scheinen den möglichen Nutzen derzeit nicht zu rechtfertigen ein Gegenbeweis wäre erst noch zu erbringen.

Was sagt das Regierungsprogramm?

Für eine gerechte und faire Welt eintreten³¹:

Die Bundesregierung wird bei den Beratungen über Verhandlungsmandate für EU-Handels- und Investitionsabkommen sowie bei den Verhandlungen über diese selbst auch weiterhin für die Aufnahme der Verpflichtung zur Einhaltung hoher sozialer und ökologischer Mindeststandards eintreten.

Ziel ist es, bei den Freihandelspartnern der EU die Ratifikation sowie die Umsetzung ihrer Verpflichtungen aus den international anerkannten ILO-Übereinkommen, sowie jener aus den internationalen Umweltübereinkommen zu

³¹ Arbeitsprogramm der österreichischen Bundesregierung 2013-2018: Seite 74.

erreichen. Dabei ist auch auf ein effizientes Monitoring der Verpflichtungen und einen Mechanismus zur Beilegung von Differenzen bei mangelnder Umsetzung zu achten;

) Österreich unterstützt jene Maßnahmen auf globaler Ebene, die eine gerechtere und stabilere Finanzordnung erreichen wollen. Dazu zählt insbesondere der Einsatz für die weltweite Bekämpfung von Steuerflucht und Steueroasen sowie der unterschiedlichen Ausprägungen aggressiver Steuerplanung.

Pressemeldungen und Veranstaltungen

Muttonen: Atomgipfel ist auf einem Auge blind (24.03.2014)

Fairtrade im Parlament

Es ist zu einer schönen Tradition geworden, dass die entwicklungspolitische Parlamentarierorganisation AWEPA gemeinsam mit FAIRTRADE Österreich einmal im Jahr in der Säulenhalle des Nationalrats eine Ausstellung über fairen und nachhaltigen Handel organisiert.



Auch in diesem Jahr konnten sich die

Abgeordneten und Besucher im persönlichen Gespräch mit den Veranstaltern über die Qualität von fair gehandelten Produkten sowie über die Lebens- und Arbeitsbedingungen der ProduzentInnen aus den Ländern des Südens informieren.

Im Mittelpunkt der Ausstellung standen dieses Mal die Themen Lohnsklaverei und Textilproduktion, die beide eng miteinander zusammenhängen. AWEPA und FAIRTRADE ist es dabei gelungen, auf die zahlreichen Initiativen und Möglichkeiten aufmerksam zu machen, wie Kleidung und Textilien vom Rohstoff bis zur Verarbeitung ökologisch und sozial fair hergestellt werden können.

Auf dem Foto bin ich mit Karin Thaler, der Leiterin des Weltladens Wien. Karin und ich haben bereits in Villach in Fragen der Entwicklungspolitik zusammengearbeitet und ich habe mich sehr gefreut, sie hier wiederzutreffen.

PARLAMENTSMAIL

Referat in der Donaustadt: Europas innen- und außenpolitische Herausforderungen



Auf dem Foto bin ich gemeinsam mit der Europaabgeordenten Evelyn Regner, AK-Vizepräsidentin Renate Anderl, meiner Kollegin Ruth Becher und dem Bezirksvorsteher der SPÖ Donaustadt Norbert Scheed

Am 18. März war ich von den Gins und Gens aus Wiens größtem Bezirk (die Donaustadt hat ca. 165.265 Einwohner) eingeladen, als Gastrednerin an ihrer Bezirkskonferenz teil-zunehmen. In meinem Referat bin ich auf die zwei großen Herausforderungen ein-gegangen, denen sich die EU und ihre Mitgliedstaaten aktuell zu stellen haben.

Das ist außenpolitisch die Krimkrise und die Beziehungen zu Russland und den ehemaligen

Sowjetrepubliken. Innenpolitisch ist es die schwere soziale Krise, in die viele Staaten durch die Wirtschafts- und Finanzkrise sowie die einseitige Sparpolitik geraten sind. Mit Blick auf die Krimkrise habe ich mich in dem Referat für eine deeskalierende Politik ausgesprochen, die auf einen intensiven Dialog mit der Ukraine und mit Russland setzt. Europa hat sich hierfür mit dem Europarat und der OSZE geeignete Sicherheitspolitische Organisationen geschaffen, in dem alle betroffenen Staaten gleichberechtigte Mitglieder sind. Österreich kann hier als neutraler Staat und da es im Augenblick den Vorsitz des Europarates führt, eine aktive Rolle in der Vermittlung zwischen den Konfliktparteien einnehmen.

In der europäischen Innenpolitik habe ich dafür plädiert, den Kurs der einseitigen Sparpolitik aufzugeben. Stattdessen müssen wir eine europäische Sozialpolitik vorantreiben, die Sozial- und Steuerdumping verhindert und dafür sorgt, dass die Schere zwischen den Vermögenden und dem Rest der Bevölkerung nicht immer weiter aufgeht. Dem Ziel eines sozialeren Europas können wir am 25. Mai ein gutes Stück näher kommen, wenn es uns gelingt, durch einen sozialdemokratischen Wahlsieg bei den Europawahlen, der konservativen Mehrheit im Europäischen Parlament ein Ende zu setzen.

Vortrag in Feldkirchen: Österreich, Kärnten und die EU. Chancen und Herausforderungen



Gruppenbild mit den SPÖ-Frauen Feldkirchen unter der Leitung von Renate Dielacher

Am 21. März war ich auf Einladung der SPÖ-Frauen zu Gast bei den Gins und Gens in Feldkirchen, um über die Rolle Kärntens und Österreichs in der EU zu diskutieren. In einem einleitenden Referat habe ich die Bedeutung der EU für Österreich aufgezeigt, die Rolle des Nationalrats in der EU - Gesetzgebung vorgestellt und kurz skiz-

ziert, worin die großen Herausforderungen bestehen, denen

wir uns in Europa zu stellen haben. Im Anschluss folgte eine sehr angeregte und spannende Diskussion über die anstehenden Europa-Wahlen und die sozialdemokratischen Vorschläge für ein gerechteres und sozialer gestaltetes Europa.

Sudan

Am 17. März habe ich an einem vom ehemaligen Verteidigungsminister Werner Fasslabend organisierten Treffen mit dem sudanesischen Innenminister Abdelwahid



Gruppenbild mit dem sudanesischen Innenminister Abdelwahid Yousif Ibrahim Mokhtar, dem ehemaligen Landesverteidigungsminister Werner Fasslabend und AfrikaexpertInnen

Yousif Ibrahim Mokhtar teilgenommen, um über die aktuelle Lage im Sudan zu sprechen.

Österreich hat traditionell sehr intensive politische Beziehungen zum drittgrößten Flächenstaat Afrikas. Österreich hat dem Sudan bei der Entwicklung einer neuen Verfassung unterstützt und war auch an den Friedensmissionen der Vereinten Nationen (UNMIS) und der Afrikanischen Union (AMIS II) beteiligt.

Die innenpolitische Situation im Sudan ist sehr angespannt. Das liegt zum einen an den Konflikten in den Regionen Darfur, Südkordofan und Blauer Nil. Ein anderer Grund sind die konfliktgeladenen Beziehungen zum Südsudan, der sich 2011 durch ein friedlich vollzogenes Referendum vom Sudan unabhängig erklärt hatte. Durch die Abspaltung Südsudans hat der Sudan zudem den Großteil seiner Ölquellen und damit ¾ seiner Staatseinnahmen verloren, was zunehmend zu Unzufriedenheit und sozialen Spannungen führt.

Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt dieses Newsletters: Büro Abg.z.NR Christine MUTTONEN Parlament, Dr.-Karl-Renner-Ring 3 1017 Wien www.christine-muttonen.at